

DER VOLKSWIRT

Das umgedrehte U der Ungleichheit

Im Prozess der Globalisierung wird die Ungleichheit zwischen den Nationen geringer. Innerhalb vieler Länder aber öffnet sich die Einkommensschere. Das hat vor allem mit dem technischen Fortschritt zu tun.

Von Philip Plickert

FRANKFURT, 29. März Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer – so lautet das populäre Schlagwort. Aber pauschal und global ist die Aussage nicht haltbar. Weltweit hat sich seit 1970 der Anteil der absolut Armen, die von weniger als einem Dollar leben müssen, von 38 auf 19 Prozent halbiert. Viele Länder in Asien haben die Chancen der Globalisierung genutzt und einen starken Aufschwung erlebt.

Aber in China und Indien sind weit mehr als eine halbe Milliarde Menschen der absoluten Armut entkommen. Das durchschnittliche chinesische Pro-Kopf-Einkommen hat sich real etwa versiebenfacht seit den späten siebziger Jahren. Auf rund 400 Millionen schätzt man heute Chinas Mittelschicht. Viele vormals arme sind also reicher geworden. Zugleich steigt allerdings die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der Schwellenländer, weil sich eine kleine Schicht von Spitzenverdienern und Superreichen absetzt. Und auch in den wohlhabenden Staaten des Westens öffnet sich die Schere.

Zwei Zeichen – ein umgedrehtes U und ein U – können die Entwicklung der Einkommensungleichheit vereinfacht darstellen, meint der britische Ökonom Antony Atkinson, einer der renommiertesten Forscher zu Verteilungsfragen. Das umgedrehte U beschreibt die Entwicklung der Ungleichheit im internationalen Vergleich: Sie stieg erst gewaltig an, nun sinkt sie. „Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts gab es keine großen Unterschiede in den durchschnittlichen nationalen Einkommen, dann aber wurden mit der Industrialisierung einige Länder reich vor allem in Europa und Amerika“, erklärte Atkinson jüngst bei einem Vortrag im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.

Im späten zwanzigsten Jahrhundert wandelte sich das Bild. Die Ungleichheit begann abzunehmen, vor allem, weil China und Indien aufholten. „Eine lange Periode steigender Ungleichheit ist damit zum Teil umgedreht worden“, sagt Atkinson. Das hatte der Ökonom und Nobelpreisträger Simon Kuznets schon vor Jahrzehnten prognostiziert. Die sogenannte Kuznets-Kurve besagt, dass in Wachstumsphasen erst mehr, dann aber weniger Ungleichheit folgt.

Wenn man aber die Einkommensverteilung innerhalb der einzelnen Länder betrachtet, sieht es anders aus. Atkinson hat große Mengen an historischen Daten über die OECD-Staaten zusammengetragen, die einen U-Verlauf – also sinkende, dann aber steigende Ungleichheit im zwanzigsten Jahrhundert zeigen, wobei



Illustration Peter von Tresckow

es ein kleines Zwischenhoch gab (genau genommen also ein W-förmiger Verlauf). In den dreißiger und vierziger Jahren wurde die Einkommensverteilung während Wirtschaftskrise und Weltkrieg zusammengepresst – Atkinson spricht von einer „großen Kompression“. In den fünfziger und sechziger Jahren, dem „Goldenen Zeitalter“, stiegen alle Einkommen rasch, die der Gutverdiener aber noch etwas stärker, doch reduzierten sich in den siebziger Jahren die Unterschiede wieder, als in der Stagflation die oberen Einkommen real stagnierten.

Seit etwa 1980 ist dies besonders in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien sowie in Deutschland wieder ein Anstieg der Einkommensungleichheit festzustellen. In dieser Zeit sind die Einkommen der Gutverdiener deutlich schneller gestiegen als die der Geringverdiener. Einzig in Japan blieb die Verteilung stabil; die Lohnspreizung sank sogar leicht, wie der Ökonom Daiji Kawaguchi auf der Mannheimer Konferenz vortrug.

In Amerika ist die Ungleichheit am größten. 1980 hatte das oberste Zehntel der Bevölkerung durchschnittlich ein etwa 3,5-mal so hohes Nettoeinkommen wie das unterste Zehntel; inzwischen hat sich diese sogenannte „decile ratio“ auf 4,5 erhöht. Um ein Vielfaches höher sind die Einkommen des obersten Prozents oder gar Promilles der Spitzenverdiener. In Deutschland ist die Einkommensprei-

zung geringer, aber auch hier gibt es eine wachsende Kluft zwischen Gut- und Geringverdienern. Das oberste Zehntel hat heute gut 3-mal höhere Nettoeinkommen als das unterste Zehntel.

Es gibt mehrere Gründe dafür: Wohl der wichtigste ist der technische Fortschritt. Wegen der verstärkten Automatisierung und dem Einsatz von Computertechnologie werden mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte gebraucht, während die Nachfrage nach gering ausgebildeten Arbeitern zurückgeht, deren Löhne daher unter Druck geraten. „Nach allgemeiner Übereinstimmung ist das der Hauptfaktor hinter dem Anstieg der Löhne von qualifizierten relativ zu unqualifizierten Arbeitern“, betont etwa der MIT-Professor Olivier Blanchard, der neue Chefökonom des Internationalen Währungsfonds.

In dieselbe Richtung wirkt die Globalisierung, also die zunehmende internationale Arbeitsteilung. Diese verschärft den Wettbewerb und drückt die Löhne von Geringqualifizierten. Hinzu kommt der Niedergang der Gewerkschaften. Der geringere Organisationsgrad besonders von einfachen Arbeitern und Ungelernten hat ihre Verhandlungsmacht geschwächt. Atkinson weist zudem auf politische Faktoren, etwa dass seit den achtziger Jahren der Wohlfahrtsstaat und die Umverteilung reduziert wurden. Allerdings zeigen Studien auch, dass niedrigere Steuern und flexiblere Arbeitsmärkte zu höheren

Wachstumsraten und mehr Arbeitsplätzen geführt haben, wovon auch die unteren Bevölkerungsschichten profitierten. Und die Globalisierung hat sinkende Preise für viele Importgüter beschert, etwa für Textilien oder Elektronikwaren, was die Kaufkraft auch der Schichten mit geringen Einkommen stärkt.

Das ist aber nicht alles. „Wer nur Wachstum und Verteilung betrachtet, wird die Vorzüge der Globalisierung unterschätzen“, sagt der Bonner Soziologe Erich Weede. Denn Zahlen zur materiellen Ausstattung der Menschen erfassen nur einen Teil der Lebenswirklichkeit. Weede weist auf die in vielen Schwellenländern stark sinkende Kindersterblichkeit; zudem gibt es weniger Mangelernährung und weniger Kinderarbeit.

Noch unklar ist, wie sich die gegenwärtige Rezession der Weltwirtschaft auf die weltweite Verteilung von Einkommen auswirkt. „In den dreißiger Jahren waren die wohlhabenden Länder von der Depression schlimmer betroffen, aber diesmal ist es vielleicht anders“, meint Atkinson. Wegen der globalen Handelsvernetzung sind alle Länder vom Abschwung erfasst worden. Zudem gebe es die Gefahr des Protektionismus. Es könnten besonders höhere Hürden für die Finanzierung von Investitionen drohen, meint Atkinson. Sollte die Welt diesen Weg gehen, dann ist wahrscheinlich, dass Arme und Reiche gleichermaßen ärmer werden.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Handeln, Wissen und Zeit

Jesús de Soto präsentiert die Österreichische Schule

Die gegenwärtige Krise erinnert auch daran, dass wissenschaftliche Monokulturen so problematisch sind wie industrielle. Eine Ökonomie, die Überraschungen nicht vorsieht, weil sie von erkennbaren Beziehungen zwischen Zielen und knappen Mitteln und von der vollständigen Information aller Beteiligten ausgeht, also mit rationalem Verhalten der Wirtschaftssubjekte rechnet, erwies sich als rat- und sprachlos.

So könnte die kompakte Einführung in das Kontrastprogramm der „Österreichischen“, die der spanische Ökonom Jesús Huerta de Soto vorgelegt hat, die offenbar unzureichende Information vervollständigen. Schon der Umstand, dass dieses Buch in einem renommierten englischen Verlag erschien, beleuchtet freilich das Problem: Die in das 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition wanderte in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts in die angelsächsischen Länder, wurde dort mit dem Etikett „Austrian School“ versehen und kehrte danach erst langsam als Re-Import nach Europa zurück.

Ganz im Unterschied zu der vorherrschenden erkenntnisoptimistischen Denkweise, die Irrtümer ausschließt und daher jede tatsächliche Entscheidung rationalisierend deutet, bis sie doch noch eine verborgene Vernunft entdeckt, und sei es die „rationale Ignoranz“, gehen die Österreicher vom subjektiven Handeln einzelner Akteure aus, die begrenztes und jeweils exklusives praktisches Wissen besitzen, das über die Gesellschaft verstreut, also nicht als Ganzes verfügbar ist.

Schon deshalb erscheint es als Illusion, ökonomische Abläufe modellieren und mathematisch darstellen zu wollen. Stattdessen entsteht eine evolutionäre Theorie des sozialen Handelns und der Institutionen, die sich nicht einem ausdrücklichen gemeinsamen Willen verdanken. Carl Menger, der Schulfater der Österreicher, bezeichnet sie in einer seiner vielfach abgewandelten Formulierungen als die „unbeabsichtigten Resultate“. Die drei ineinandergreifenden Themen, die von seinen Nachfolgern immer weiter entfaltet wurden, nämlich die Rolle des Handelns, des Wissens und der Zeit, sind darin bereits enthalten.

Die Welt befindet sich niemals im Gleichgewicht, also in einem Zustand, in dem keiner mehr handelt. Im Gegenteil: Derjenige, der eine der vielen unausgeglichenheiten erkennt, kann diese partielle Wissen zu seinem Vorteil nutzen und von diesem Begreifen, lateinisch comprehendere, leitet sich der Begriff des Entrepreneurs, des Unternehmers, her. Jedes soziale Handeln, einschließlich des politischen, ist in diesem österreichischen Sinne unternehmerisch.

Die Österreichische Schule unterscheidet sich von ihren damaligen Gegnern, der deutschen Historischen Schule, wie auch von der heutigen Orthodoxie nicht nur darin, dass sie überhaupt von konkreten Akteuren ausgeht, sondern auch durch die schon mitgedachte Warnung vor der Wissensanmaßung, dem Vertrauen auf die Daten“. Diese Informationen sind nicht die Voraussetzung, sondern die Folge des unternehmerischen Handelns. Wären sie schon gegeben, dann erschiene die Institution des Marktes als eine überflüssige, verschwenderische Veranstaltung; sie ist jedoch unentbehrlich, wenn man sie, wie

Friedrich August von Hayek, als Entdeckungsverfahren begreift.

Die Kritik des Rationalismus als skeptische Einschätzung des Wissens und des Szientismus als Warnung vor der Übertragung naturwissenschaftlicher Methoden auf die Ökonomie führt bei den Österreichern schließlich zu der entscheidenden Bedeutung der Zeit. Die herrschende Lehre unterstellt nicht nur vollständige Information, sondern auch Synchronisation, so dass niemand etwas entdecken kann, was nicht zugleich auch allen anderen bekannt ist, und Produktion und Konsum gleichzeitig stattfinden.

Eugen von Böhm-Bawerk, Ludwig von Mises und schließlich von Hayek betonen dagegen, dass die Menschen nicht nur ohne zureichendes Wissen, sondern auch ungleichzeitig handeln, und sie entwickeln daraus ihre Theorien über Kapital, Zins und Konjunktur. Je mehr Zeit die Erreichung eines Zieles erfordert,



Jesús Huerta de Soto: *The Austrian School. Market Order and Entrepreneurial Activity.*

Verlag Edward Elgar, London 2008, 129 Seiten, 19,95 Pfund.

desto wertvoller erscheint es dem Akteur, oder umgekehrt, er ist zu der berühmten aufgeschobenen Befriedigung von Bedürfnissen nur bereit, wenn er damit die Erwartung verbindet, wertvollere Ziele zu erreichen. Sparen, Kapital und Investition, nicht etwa Arbeit oder andere Faktoren machen den Unterschied zwischen reichen und armen Gesellschaften aus.

Beginnend mit Mises' eigener „Theory of Money and Credit“ von 1912, haben Mises und seine Nachfolger sich auf diesen Zusammenhang zwischen Sparen und Kapital konzentriert und dabei auch die Gefahr monetärer Eingriffe hervorgehoben, die den Kredit über das vom Sparen eröffnete Maß ausdehnen. Dies führte zur Beschäftigung mit Konjunkturzyklen und zur Gründung des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, als dessen ersten Geschäftsführer Mises seinen Schüler Hayek einsetzte.

In den Arbeiten, die im Umkreis dieses Institutes entstanden, wird vor genau den Exzessen gewarnt, die dann sehr bald in der Depression von 1929 zutage traten, und auch die ordnungspolitischen Forderungen zur Einhegung des Finanzmarktes durch Regeln über Eigenkapital und Haftung lesen sich wie ein Kommentar zur gegenwärtigen Lage – was übrigens auch für de Sotos Buch über „Money, Bank Credit and Economic Cycles“ von 2006 gilt.

Rezessionen sind nach Auffassung der Österreicher die unvermeidliche Neuordnung der Produktionsstruktur. Sie lassen sich nicht mildern, wohl aber verkürzen, indem man auf Ausdehnung des Kredits und Ankurbelung des Konsums verzichtet. Kurzum, ein stärkerer österreichischer Akzent würde die wissenschaftliche und die ordnungspolitische Diskussion beleben, und eine deutsche Ausgabe von de Sotos Einführung wäre ein Anfang. MICHAEL ZÖLLER

Der Verfasser ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Soziologie an der Universität Bayreuth.

Freiheit ist unteilbar

Der Mut eines Ludwig Erhard fehlt in der heutigen Politik

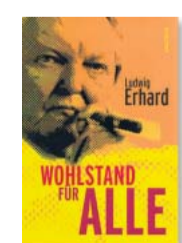
Ludwig Erhard ist ein Säulenheiliger der bundesdeutschen Politik. Man beruft sich auf den „Vater des Wirtschaftswunders“ in Sonntagsreden, in der Praxis aber pfeift man oft auf seine Prinzipien. Was würde Erhard zu der aktuellen Orgie aus staatlichen Eingriffen und Subventionen sagen? Hätte ihn die Rezession so sehr erschreckt, dass er zu den Interventionisten übergelaufen wäre?

Die Not war 1948 unendlich viel größer, als Erhard Direktor der Wirtschaftsverwaltung der amerikanisch-britischen Bizone wurde. Und trotzdem wagte er – alle Warnungen in den Wind schlagend – zeitgleich mit der Währungsreform einen radikalen Schritt: die Freigabe der Preise und ein Ende der staatlichen Zuteilung und Lenkung von Ressourcen. Die Opposition schimpfte, er wolle „einen todkranken Mann ins kalte Wasser“ stoßen. Doch siehe da, die zuvor von bürokratischen Fesseln und Kontrollen niedergehaltene Wirtschaft begann einen erstaunlichen Aufschwung.

Wenn man aus Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“ etwas lernen kann, dann vor allem, mit welcher Beharrlichkeit und welchem Mut sich der fränkische Politikneuling gegen alle Widerstände durchsetzte und seinen Weg marktwirtschaftlicher Reformen ging. Das Buch, 1957 erstmals publiziert, ist nun in einer günstigen Neuaufgabe erhältlich. Über viele Seiten schildert Erhard die politischen Kämpfe und die wirtschaftliche Entwicklung des Jahrzehnts nach der Währungsreform. Manches davon ist nur noch von historischem Interesse.

Für die heutigen Debatten bleiben aber Erhards ordnungspolitische Grund-

sätze wichtig, die er in zentralen Kapiteln darlegt: An oberster Stelle steht eine stabile Währung, sagte Erhard immer wieder (also hätte er vor der exzessiven Geldmengenausweitung gewarnt, die in Fehlspekulation und Finanzkrise geführt hat). Es sei Aufgabe des Staates, einen Rahmen für den Wettbewerb zu setzen, nicht aber einzelne Unternehmen oder Branchen zu begünstigen (so viel zur Frage, was Erhard zu Opel oder



Ludwig Erhard: *Wohlstand für alle*

Anaconda Verlag, Köln 2009, 432 Seiten, 7,95 Euro

zur Abwrackprämie gesagt hätte). Den Strukturwandel solle man nicht mit Subventionen zu verhindern versuchen.

„Soziale Marktwirtschaft“ bedeutete für ihn, produktiven Leistungswettbewerb zu ermöglichen, nicht übermäßig umzuverteilen. Erhard warnte vor der Illusion, ein Sozialstaat könne sämtliche Lebensrisiken abnehmen. Er stemmte sich gegen die Tendenz, immer breitere Kreise der Bevölkerung, die zu Eigenvorsorge fähig sind, in staatliche Zwangssysteme („Bürgerversicherung“) zu ziehen. Erhards Credo lautete, dass Freiheit unteilbar sei. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung müsse auch im sozialen Leben so viel wie möglich auf private Initiative setzen. PHILIP PLICKERT

Die Welt ist nicht schwarz oder weiß

Wer die Wirtschaft verstehen will, muss quantitativ arbeiten / Von Rüdiger Bachmann und Harald Uhlig

Es gibt wichtige und spannende Auseinandersetzungen in der volkswirtschaftlichen Forschung. Was erklärt den Umfang der Bewegungen auf den Finanzmärkten? Sind fiskalische Eingriffe in einer Rezession – und wo und in welchem Umfang – vernünftig, und mit welcher Begründung? Welche Maßnahmen helfen gegen Arbeitslosigkeit? Erfahren wir mehr über Arbeitsmärkte mit strukturellen Modellen oder aus „natürlichen“ Experimenten? Welche Auswirkungen haben geldpolitische Schocks? Was genau beeinflusst das langfristige Wirtschaftswachstum?

Die Liste ließe sich verlängern. Für das, was auf ihr steht, gibt es ein einfaches Kriterium: Es werden zu diesen Fragen regelmäßig neue, spannende Forschungsarbeiten mit neuen Einsichten geschrieben und veröffentlicht, und sie werden heiß unter Forschern diskutiert.

Genauso gibt es unwichtige Auseinandersetzungen. In der Regel finden die in Forschungsarbeiten statt, die abgeschlossenen sind, in denen es kaum frische Ansätze gibt oder die in verbesserter Form anderswo fortgeführt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse mögen wichtig sein: Sie werden dann aber ohne viel Aufhebens im üblichen Lehrmaterial weitergereicht.

Universitäten sind keine Orte, in denen einmal gewonnene Glaubenssätze für Generationen vom Katheder herunterbetet werden, sondern sind Stätten, die junge Menschen zum kritischen Nachdenken und zum Hunger nach Erkenntnisgewinn anregen sollen, aufbauend auf

dem gelehrten gegenwärtigen und sich ständig entwickelnden Stand der Wissenschaft. Beruft eine Universität neue Professoren, so ist es daher vernünftig, dies in aktiven und vielversprechenden Forschungsfeldern zu tun.

Gehört das Feld der Ordnungspolitik dazu? Oder ist es eine „Kathederwissenschaft“? In dieser Zeitung haben Anhänger dieser Fachrichtung die Modernisierung von Lehrstühlen beklagt. Wie begründen sie das? Hier hätte man sich Verweise auf die führenden frischen Einsichten und Publikationen auf dem Feld der Ordnungspolitik gewünscht. Wo sind die spannenden, neuen Arbeiten der, sagen wir, letzten zehn Jahre, wo kann man sie finden? Uns scheint, hier herrscht gähnende Leere.

Geschrieben wird stattdessen etwa darüber, dass ordnungspolitische Grundsätze im Vorfeld der Finanzkrise missachtet wurden. Wo sind dazu die wissenschaftlich respektablen Forschungspapiere der ordnungspolitischen Wissenschaftler (bis, sagen wir, 2006)? Zwar gibt es allgemeine Kommentare von möglicherweise guter journalistischer Qualität. Nur, ein journalistischer Kommentar, so wertvoll er sein mag, ist keine Wissenschaft. Man findet auch Reminiszenzen an Eucken, Müller-Armack und deren Gedanken: Interessant möglicherweise für das durchaus ernstzunehmende Fach der Wissenschaftsgeschichte, aber keine frische Forschung zu den zentralen Themen.

Manche beklagen, dass man die Mathematik in den einschlägigen wissenschaftli-

chen Fachjournalen nicht verstehen könne. Uns geht es genauso, was beispielsweise die Mathematik in den Fachjournalen der Nuklearphysik betrifft. Auch die Ausführungen der (mathematiklosen) systemtheoretischen Literaturwissenschaft erschließen sich uns nicht unmittelbar. Es wäre aber merkwürdig, aus unserem Unverständnis dieser Publikationen die Schlussfolgerung zu ziehen, dass sie sich mit irrelevanten Dingen beschäftigen und die Verständlichkeit für Fachfremde das wesentliche Publikationskriterium sei. Im Gegenteil, eine solche Schlussfolgerung würde uns als offensichtlich nicht ernstzunehmende Kritiker entlarven.

Was das wissenschaftliche Feld „Ordnungspolitik“ in der verteidigten Form konkret angeht, so erscheinen uns deren Ansätze defizitär. Wir widersprechen daher einem falsch verstandenen Methodenpluralismus. Die moderne Ökonomie hat gerade aufgrund ihrer quantitativen Ausrichtung viele der einst auch von der Ordnungspolitik aufgeworfenen Fragestellungen einer tiefergehenden und sachgerechteren Analyse unterzogen. Darauf zu verzichten ist keine gleichwertige Alternative; es ist Rückschritt.

Dem Feld „Ordnungspolitik“ geht es um die Beschreibung und Analyse der Bedingungen von funktionsfähigem Wettbewerb. Wie aber soll dieses Forschungsprogramm ohne formalisierte Theorie des Marktversagens, unvollständiger Märkte und des „second-best“ auskommen? Wie will man ohne empirische Forschung und formale Modelle etwa den Konflikt zwi-

schen statischer und dynamischer Effizienz abwägen, der sich aus dem Wunsch nach Innovationsanreizen einerseits und dem Wunsch nach Wettbewerb andererseits ergibt?

Warum sollte man bei der Gestaltung von Institutionen auf die modernen und nobelpreisgeadelten Theorien des „mechanism design“, der Spieltheorie, der asymmetrischen Information und der Anreizverträglichkeit verzichten, warum auf moderne, quantitative Makromodelle bei der Analyse des komplexen Zusammenspiels moderner Volkswirtschaften? Wieso sollte es noch Sinn ergeben, etwa die Enteignung von Aktionären bankrotter Banken lediglich nach ihrer Systemkonformität, aber nicht nach ihren quantitativen Auswirkungen zu beurteilen?

Viele interessante wirtschaftspolitische Fragestellungen sind nicht schwarz oder weiß, sondern grau und ihrem Wesen nach quantitativ. Warum will man hier auf moderne, quantitative Methoden verzichten?

Nun mag es Antworten auf die hier aufgeworfene Kritik geben, und die traditionelle Ordnungspolitik mag im Gegenteil ein erheblich aktiveres Forschungsfeld sein, als wir das vermuten. In diesem Fall wird es sicherlich zu einer beherzten Verteidigung der neueren und wissenschaftlich bahnbrechenden Leistungen kommen. Andernfalls hat sich diese Diskussion in offensichtlichlicher Weise erledigt.

Rüdiger Bachmann ist Assistenzprofessor für Wirtschaft an der University of Michigan in Ann Arbor, Professor Harald Uhlig ist Makroökonom und lehrt an der University of Chicago.